



Presseschau vom 09.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Sreeram Chaulia: Warum Indien in Russland einen einzigartigen Partner sieht

Der Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Indien war das 21. jährliche Treffen der beiden Staaten. Aus jedem davon ergaben sich neue Verträge. Aber es geht dabei nicht nur ums Geschäft; die Zusammenarbeit beider richtet sich auf eine gerechtere Welt. ...

<https://kurz.rt.com/2qvo>

de.rt.com: Lagerübergreifende Forderung an neue Bundesregierung: Entspannung in China- und Russlandpolitik

Während sich die mediale Aufmerksamkeit auf die Personalien der neuen Bundesregierung konzentriert, sind aus Kreisen der Friedensbewegung, aber auch von Diplomaten und Generälen bereits außenpolitische Appelle zu vernehmen. Sie fordern, auf einen Entspannungskurs umzustellen und Freundschaft mit Russland und China zu suchen. ...

<https://kurz.rt.com/2qul>

Bernd Murawski: Demokratieexport als Element westlicher Außenpolitik

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird zwischen demokratischen und autoritär regierten Staaten unterschieden. Letztere werden entgegen dem Wunsch der Bürger zu einem Systemwechsel gedrängt. ...

<https://kurz.rt.com/2qvs>

Seyed Alireza Mousavi: Abneigung der USA gegen Abenteuer: Israel will mit den USA gemeinsam Angriff auf Iran simulieren

Eine mögliche israelische Attacke auf Irans Atomanlagen würde einen Krieg in der gesamten Nahost-Region auslösen. Israel versucht, die USA zu einem simulierten Angriff gegen Iran zu bewegen, um Teheran glaubwürdig militärisch zu drohen. ...

<https://kurz.rt.com/2qxp>

Dagmar Henn: Opfer der Treibjagd: Der Tod einer Familie und die medialen Reaktionen

Letzte Woche tötete in Brandenburg ein Vater sich und seine Familie, weil die Corona-Maßnahmen sie in eine aussichtslos scheinende Lage gebracht hatten. Die ständige Propaganda gegen "Querdenker" und nicht Geimpfte ist mindestens mitverantwortlich für diese Tragödie. ...

<https://kurz.rt.com/2qxa>

de.rt.com: Russischer Politiker: UdSSR hätte überleben können und sollen

Der Vorsitzende der Allrussischen Union Sergei Baburin erklärte am Vorabend des 30. Jahrestages des Zusammenbruchs der Sowjetunion, dass die UdSSR hätte erhalten werden können und sollen. Es sei lediglich notwendig gewesen, eine Reihe von Mängeln in der Struktur des multiethnischen Landes zu beseitigen. ...

<https://kurz.rt.com/2qy5>

abends/nachts:

snews.de: Nato steuert einen Konfrontationskurs gegen Russland – Putin

Auch beim Gespräch des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des griechischen Premierministers Kyriakos Mitsotakis am heutigen Mittwoch stand die Frage der Sicherheit im Fokus. Dabei hat Putin die Nato dazu aufgerufen, Russlands Besorgnis endlich wahrzunehmen.

Die Nato sei ein Militärblock, der „bedauerlicherweise einen Konfrontationskurs gegenüber Russland vertritt“, sagte Putin im Anschluss an die Gespräche mit Mitsotakis am heutigen Mittwoch in Sotchi. Dabei verwies der russische Präsident auf die Ausweisung von Vertretern seines Landes aus dem Brüsseler Nato-Hauptquartier im Oktober dieses Jahres: ein Ausdruck dessen, „dass das Bündnis Russland gegenüber, milde gesagt, unfreundschaftlich eingestellt ist“. Letztlich habe dieser Schritt nur dazu geführt, dass Russland eine entsprechende Nato-Einrichtung in Moskau habe schließen müssen. „Zudem erklärt die Nato Russland zu ihrem Gegner. Da ist nichts Gutes dran. Wir sind auf keine Konfrontationen gegen niemanden aus“, so der russische Präsident.

Von der griechischen Regierung erhoffe er sich, dass Griechenland innerhalb der Nato eine moderate Position einnehmen werde. Jedenfalls habe die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU und der Nordatlantikkallianz die Beziehungen zwischen Moskau und Athen bisher nie beeinträchtigt. „Ich hoffe, so wird es auch in Zukunft bleiben. Und wir werden unsere griechischen Freunde dafür nutzen, sich darauf auszurichten, dass sie eine positive Rolle im Verhältnis zu diesen beiden Zusammenschlüssen spielen könnten.“

Globale Sicherheit statt Nato-Erweiterung

In Bezug auf eine mögliche Mitgliedschaft der benachbarten Ukraine in der Nato sagte Putin, die Ost-Erweiterung der Nordatlantikkallianz sei eine „Kernfrage für die Sicherheit Russlands“ auf mittlere und sogar strategische Sicht: „Die Aussicht auf die mögliche Aufnahme der Ukraine in die Nato kann uns nicht unberührt lassen, denn darauf würde mit Sicherheit die Stationierung von Truppenkontingenten, Stützpunkten und Waffensystemen folgen, die uns bedrohen.“ Darauf weise Moskau ohne Unterlass hin.

„Wir warnen unsere Partner davor, dass dies für uns inakzeptabel ist. Es gibt eine einfache Grundannahme, die darin besteht, dass jedes Land ein Anrecht darauf hat, die eigene Sicherheit auf eine Weise zu gewährleisten, die es für geeignet hält. Allerdings hat dies dann auf eine Weise zu erfolgen, die weder die Interessen anderer Länder verletzt noch die Sicherheit anderer Länder – in diesem Fall Russlands – untergräbt.“

Deshalb lautet Putins Vorschlag: „Für eine Sicherheitsgarantie muss die Sicherheit global sein und sich auf alle in gleichem Maße erstrecken.“ Im Übrigen hoffe er, dass Russlands Besorgnis wenigstens jetzt wahrgenommen werde. „Wir haben unsere Befürchtungen im Verlauf der bisherigen Jahrzehnte unentwegt vorgebracht und darum gebeten, es sein zu lassen, doch die Infrastruktur der Nato näherte sich unaufhaltsam unseren Grenzen. Inzwischen sehen wir Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien. Wir haben allen Grund zur Annahme, dass uns nach der Aufnahme der Ukraine in die Nato dasselbe erwartet, dann aber schon auf ukrainischem Gebiet.“ Diese Bedrohungen nicht zu beachten, „willenlos mitanzusehen, was dort passiert, wäre eine sträfliche Tatenlosigkeit unsererseits“.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/09/83836_0:174:2661:1671_1920x0_80_0_0_e2294518424e31bdd211648e2e2858a5.jpg

de.rt.com: **CIA-Chef: Es gibt keinen Beweis für möglichen Versuch der Herstellung von Atomwaffen in Iran**

Nachdem Israel im Zuge der neuen Atomverhandlungen behauptet hatte, dass Iran kurz vor der Atombombe stehe, erklärte der Direktor des CIA, die USA hätten keine Beweise dafür gesehen, dass Iran die Entscheidung getroffen habe eine Atombombe zu erwerben.

Nachdem Israel in den letzten zwei Wochen Geheimdienstinformationen mit den USA und mehreren europäischen Verbündeten über mutmaßliche iranische Ambitionen zur Herstellung von "Atomwaffen" geteilt haben soll, erklärte der Direktor des CIA, William Burns, am 6. Dezember, die USA hätten keine Beweise dafür gesehen, dass Iran die Entscheidung getroffen habe eine Atombombe zu erwerben.

Israel behauptete vor dem Start der siebten Runde der Atomverhandlungen in Wien, dass Teheran technische Schritte unternahme, um sich darauf vorzubereiten, Uran auf 90 Prozent anzureichern – das Niveau, das für die Herstellung einer Atomwaffe erforderlich ist.

Vor dem CEO-Council des Wall Street Journal sagte Burns, dass die CIA "keine Beweise dafür sieht, dass der Oberste Religionsführer Irans eine Entscheidung getroffen hat, Atomwaffen zu besitzen".

Die Äußerungen von Burns erfolgten im Zuge von Drohgebärden hochrangiger israelischer Beamter gegen das iranische Atomprogramm, insbesondere seitens des Mossad-Chefs David Barnea, der derzeit in Washington weilt, um sich mit Burns und anderen hochrangigen US-Beamten zu treffen. Auch Verteidigungsminister Benny Gantz soll Ende dieser Woche in Washington eintreffen, wenn der Iran am Mittelpunkt seiner Gespräche mit Blinken und

Verteidigungsminister Lloyd Austin stehen wird.

Der israelischen Tageszeitung Haaretz zufolge hofften israelische Beamten, dass sie die USA davon überzeugen können, sowohl eine Wiederbelebung des Abkommens 2015 zu vermeiden als auch ein vorläufiges Atomabkommen mit Iran abzuwenden. Israel habe zum Ziel, stattdessen die Sanktionen gegen Teheran zu verstärken und sich zugleich für eine "ausdrückliche, glaubwürdige militärische Drohung" gegen Iran einzusetzen.

Nach fünftägigen Gesprächen in Wien kehrten die Delegationen der internationalen Mächte und Irans letzte Woche Freitag von den Beratungen in ihre Länder zurück. Nachdem die iranische Delegation in der letzten Woche zwei neue Entwürfe zu Irans nuklearen Verpflichtungen vorgelegt hatte, die die Aufhebung der US-Sanktionen sowie Irans Rückkehr zu seinen technischen Auflagen beinhaltete, bezeichnete ein ungenannter europäischer Diplomat laut dem Nachrichtenportal Axios die iranischen Vorschläge als "unseriös, inakzeptabel und extrem".

Die iranische Nachrichtenagentur ISNA berichtete, dass die Wiener Gespräche am 9. Dezember wieder aufgenommen würden. US-Beamte haben diese Meldung allerdings noch nicht bestätigt. "Wir werden die Gespräche am Donnerstag fortsetzen und praktische Schritte des Westens zur Rettung des Atomdeals prüfen", sagte der iranische Top-Unterhändler Ali Bagheri-Kani bei einem Besuch in Moskau.

Bagheri-Kani traf sich am Dienstag mit dem stellvertretenden Außenminister der russischen Föderation, Sergei Rjabkow. Die beiden diskutierten über die neuesten Entwicklungen der Atomgesprächen in Wien.

Als die Gespräche im Juni 2021 nach dem Regierungswechsel in Teheran für 5 Monate auf Eis gelegt wurden, waren bereits einige Elemente einer möglichen Einigung ausgearbeitet worden. Es bleibt jedoch unklar, ob die neue iranische Regierung sich an die erzielten Einigungen der Rohani-Regierung halten wird. Bei den Wiener Gesprächen vermitteln drei EU-Staaten zusammen mit Russland und China zwischen Iran und den USA.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b087d648fbef680b10e5b8.jpg>

snanews.de: **Nato-Marine gefährdet zivile Schifffahrt im Schwarzen Meer - Russischer Chefunterhändler**

Die Präsenz von US-amerikanischen Zerstörern im Schwarzen Meer erhöht nach Ansicht des russischen Chefunterhändlers in Wien das Risiko gefährlicher Zwischenfälle mit Zivilschiffen.

„Die Sicherheitslage im Schwarzmeerraum wird immer stressiger. US-amerikanische Zerstörer mit Tomahawk-Raketen und Aegis-Raketenabwehrsystemen an Bord haben ihre Präsenz in der Region in letzter Zeit massiv ausgebaut“, sagte Konstantin Gawrilow, Leiter der russischen Delegation zu den Wiener Verhandlungen über die militärische Sicherheit und

Rüstungskontrolle, am Mittwoch.

Seit Jahresbeginn hätten mehrere US-Schiffe insgesamt 413 Tage in der Region verbracht, was um 15 Prozent mehr sei als 2020. Der Diplomat erinnerte auch an eine äußerst gefährliche Annäherung des US-Spionageflugzeugs CL600 an eine Passagiermaschine der russischen Aeroflot Airlines am 3. Dezember über dem Schwarzen Meer.

„Was soll noch passieren, damit sich die Nato der Notwendigkeit bewusst wird, konkrete Schritte zur Vorbeugung von Zwischenfällen in der Schwarzmeerregion zu konzipieren?“, fragte Gawrilow in einer Sitzung des OSZE-Forums für Sicherheitskooperation.

Er rief mehrere Nicht-Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres auf, immer im Auge zu behalten, dass die Verstärkung ihrer provokatorischen Aktivitäten in der Region unter dem erdachten Vorwand der „Verteidigung der Ukraine“ nur eine weitere Destabilisierung der militärpolitischen Lage in Europa zur Folge haben würde.

„Die Russische Föderation geht unentwegt davon aus, dass ein militärischer Zusammenstoß in Europa unzulässig ist. In diesem Zusammenhang hatte Russlands Präsident Wladimir Putin am Vortag bei einem Video-Gespräch mit US-Präsident Joe Biden betont, dass Russland an zuverlässigen, juristisch bindenden Garantien dafür interessiert sei, dass sich die Nato nicht mehr gen Osten erweitere und keine Angriffswaffen in an Russland angrenzenden Staaten, darunter auch der Ukraine, stationiere. Der Übertritt dieser ‚roten Linie‘ wird ganz konkrete Folgen nach sich ziehen“, betonte der Delegationschef.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/08/4624910_0:43:3282:1889_1920x0_80_0_0_8cd0cfbebacbbb92536893e56ae85f48.jpg

de.rt.com: **Russland überreicht den USA Protestnote wegen NATO-Provokationen im Schwarzen Meer**

Der US-Botschaft in Russland ist eine Protestnote zugestellt worden, in dem vor den gefährlichen Folgen der NATO-Provokationen im Schwarzen Meer gewarnt wird. Unter anderem behält sich Russland darin das Recht vor, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, wenn diese Provokationen nicht aufhören.

Das russische Außenministerium hat am Mittwoch in einer Protestnote an die US-Botschaft in Moskau vor den gefährlichen Folgen der Provokationen in der Nähe der russischen Grenzen gewarnt. Dies teilte die offizielle Sprecherin des Ministeriums, Maria Sacharowa mit. Sacharowa Kommentar, der auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde, lautet wie folgt:

"Die militärischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten und der NATO-Mitgliedstaaten entlang der russischen Grenzen, einschließlich der Flüge von Kampfflugzeugen und der gefährlichen Manöver von Marineschiffen, gewinnen weiter an Fahrt. Das US-Militär und seine NATO-Verbündeten sind von Versuchen, die Sicherheit unserer Grenzen zu testen, zu Provokationen gegen zivile Flugzeuge übergegangen und haben damit die Sicherheit des Luftraums und Menschenleben gefährdet. Im Zusammenhang mit diesen provokativen Aktionen wurde am 8.

Dezember eine Protestnote an die Botschaft der Vereinigten Staaten in Moskau übergeben, in der vor den gefährlichen Folgen eines solchen Leichtsinns gewarnt wurde."

In dem Dokument wurde festgestellt, dass Moskau sich zwar das Recht vorbehält, auf entsprechende Herausforderungen seitens der USA und der NATO-Mitglieder zu reagieren, jedoch einen substanziellen Dialog über Sicherheitsgarantien und eine Diskussion über Möglichkeiten zum Abbau politisch-militärischer Spannungen fordert, einschließlich Optionen zur Verhinderung gefährlicher Zwischenfälle in der Luft und auf See. Sacharowa wies darauf hin:

"Andernfalls werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, um aufkommende Bedrohungen zu verhindern und zu beseitigen."

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums betonte, dass die inakzeptablen und gefährlichen Luftverkehrsaktivitäten der NATO-Mitgliedstaaten, bei denen US-Militärflugzeuge und verbündete US-Flugzeuge ohne Funkverbindung, Flugpläne und Flugsicherungsfreigabe fliegen, ernsthafte Risiken für die Sicherheit der Zivilluftfahrt darstellen. Sie erklärte:

"Dies verstößt gegen die Grundprinzipien der internationalen Luftfahrt gemäß dem Chicagoer Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt von 1944 sowie gegen andere Regeln des internationalen Rechts."

Laut Sacharowa werden in der Vorlage an die US-Seite die jüngsten Zwischenfälle aufgeführt, die nur durch einen glücklichen Zufall und dank der rechtzeitigen Reaktion der russischen Piloten und Fluglotsen nicht zu einer Tragödie geführt haben. Das Dokument bezieht sich insbesondere auf die Vorfälle vom 6. und 13. Oktober sowie vom 3. Dezember, als sich US-Militärflugzeuge auf gefährliche Weise zivilen Fliegern näherten. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums fügte hinzu:

"Nur dank der Professionalität und Konzentration unserer Luftfahrtbehörden, die die Piloten des Aeroflot-Fluges, dessen Flugbahn von dem US-Aufklärungsflugzeug gekreuzt wurde, umgehend anwies, ihre Staffeln zu ändern, konnte der Zusammenstoß verhindert werden."

Am 3. Dezember hatte sich um 07:53 MEZ über dem Schwarzen Meer ein gefährlicher Zwischenfall ereignet. Ein NATO-Aufklärungsflugzeug der Klasse Bombardier CL-600 Artemis verringerte rapide die Höhe von 11.000 auf 9.200 Meter, sodass sich seine Flugroute mit dem für die Zivilluftfahrt vorgesehenen Korridor kreuzte. Zu dem Zeitpunkt befanden sich in derselben Zone ein Airbus der russischen Fluggesellschaft Aeroflot, der aus Tel Aviv nach Moskau unterwegs war, und eine maltesische CL-650-Maschine, die von Sotschi nach Skopje flog. Nach Angaben von Rosawiazija versuchten Fluglotsen vergeblich, mit der Crew des Militärflugzeuges Kontakt aufzunehmen. Die Besatzung reagierte nicht auf die mehrfachen Signale. Die zivilen Maschinen mussten ihre Routen umgehend ändern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b10b13b480cc5816048433.jpg>

snanews.de: **Ukraine erhält letzten US-Nachschub von Waffen und Munition für dieses Jahr**

Die USA wollen noch in der laufenden Woche Schusswaffen und Munition an die Ukraine liefern. Das werde die letzte Partie der für 2021 geplanten Militärhilfe der USA sein, teilte Pentagon-Sprecher John Kirby am Donnerstag in Washington mit.

„US-Präsident Joe Biden hatte zuvor ein Paket der für die Verteidigung bestimmten Militärhilfe in Höhe von 60 Millionen US-Dollar für die Ukraine gebilligt. Die letzte Tranche dürfte in dieser Woche in der Ukraine eintreffen“, sagte Kirby in einem Journalistengespräch und präzisierte ein weiteres Mal, dass es sich um Handfeuerwaffen und Munition dazu handele.

Kiew wird derzeit angesichts der „Pläne Russlands zum Einmarsch in die Ukraine“ verstärkt mit letalen Waffen versorgt. Moskau weist derartige Vermutungen als absurd zurück. Russland habe nie die Absicht gehabt, die Ukraine anzugreifen, hieß es aus Moskau.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/04/1148541_0:313:3072:2041_1920x0_80_0_0_574d485ecdb5070f5b69b10549a930c1.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Auf hoher See erbeutet: USA verkaufen konfisziertes iranisches Rohöl**

Washington hat iranische Erdölprodukte verkauft, die zuvor von der US-Marine im Arabischen Meer eingezogen wurden. Das Geld soll laut dem US-Justizministerium an einen US-amerikanischen Wohltätigkeitsfond gehen.

Die US-Regierung hat iranische Erdölprodukte, die von der US-Marine in den Gewässern des Arabischen Meeres erbeutet wurden, für 26,7 Millionen US-Dollar verkauft. Das teilte das US-Justizministerium in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung mit. Die Menge des verkauften Rohöls soll sich auf etwa 1,1 Millionen Barrel belaufen. Der Erlös werde an den US-Fonds für Opfer des staatlich geförderten Terrorismus gehen. Das Ministerium teilte mit: "Die US-Regierung hat die beschlagnahmten Erdölprodukte auf richterlichen Beschluss hin verkauft. Der Nettoerlös aus diesem Verkauf, 26.681.397,67 US-Dollar vor Zinsen, kann ganz oder teilweise an den US Victims of State Sponsored Terrorism Fund überwiesen werden, da der Fall nun abgeschlossen ist."

In der Erklärung wird nicht angegeben, wann die Einziehung des Öls auf See durchgeführt wurde, aber es wird behauptet, dass die Erdölprodukte von vier unter ausländischer Flagge fahrenden Tankern in oder um das Arabische Meer auf dem Weg nach Venezuela beschlagnahmt wurden. Unklar ist auch, ob die Erbeutung des iranischen Rohöls überhaupt gemäß internationalem und US-Recht legal war.

Auf einer Website des US-Justizministeriums heißt es, die USA seien laut internationalem

Recht befugt, Abkommen zu schließen, um ausländische Schiffe auf hoher See zu stoppen, zu durchsuchen und festzuhalten, die im Verdacht stehen, am illegalen Drogenhandel beteiligt zu sein.

Die Vereinigten Staaten können ihre Gerichtsbarkeit über ein auf hoher See aufgegriffenes Schiff unter ausländischer Flagge einschränken. Das Schiff kann auf Ersuchen des Flaggenstaates zurückgegeben werden, ohne dass die inländischen Vorschriften zur Beschlagnahme eingehalten werden müssen. Die Behörde stellt auf ihrer Internetseite klar: "Wenn die Vereinigten Staaten gemäß internationalem Recht befugt sind, ihre polizeilichen Befugnisse auszuüben, um Schiffe im Namen ihres Flaggenstaates festzuhalten, stellt ein solches Festhalten keine Entnahme im Sinne des Fünften Verfassungszusatzes dar. Wird ein Schiff jedoch gleichzeitig im Namen der Vereinigten Staaten beschlagnahmt, weil es gegen US-Zollgesetze verstößt, hat ein Kläger Anspruch auf eine rasche Entscheidung über seine Rechte an dem beschlagnahmten Eigentum."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b0a629b480cc057f4a3d69.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **US-Senator schließt Atomwaffeneinsatz gegen Russland nicht aus – Russische Botschaft reagiert**

Die Russische Botschaft in den USA hat Aussagen des republikanischen Senators Roger Wicker scharf kritisiert. Dieser hatte dem US-Präsidenten am Donnerstag in einer Fox-News-Sendung empfohlen, Militärhandlungen, darunter auch den Einsatz von Atomwaffen gegen Russland nicht auszuschließen, sollte sich die Situation rund um die Ukraine verschärfen.

„Solche Aussagen sind unverantwortlich. Wir raten allen Unaufgeklärten, sich zu fassen und aufmerksam die gemeinsame Erklärung des russischen und des US-Präsidenten vom 16. Juni 2021 durchzulesen“, so die Botschaft. „Dieses Dokument bekräftigt das Bekenntnis beider Länder zum Grundsatz, dass es keine Gewinner im Atomkrieg geben kann und er nie entfesselt werden darf.“

Die Botschaft findet es ferner beachtenswert, dass sich im Bundesstaat Mississippi, der von Wicker vertreten wird, die Niederlassungen von Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon, General Atomics und anderen Akteuren der Rüstungsindustrie befinden. In diesem Zusammenhang stellt die Botschaft folgende Fragen:

„Wessen Interessen vertritt der Senator, wenn er zu einem Krieg aufruft – der Ukrainer oder des militärisch-industriellen Komplexes der USA? Ist es möglich, dass Profitinteressen bei der Waffenproduktion den Wunsch der Völker dominieren, sich vor der Bedrohung durch

einen atomaren Raketenkrieg zu schützen?“

Die Botschaft verwies ferner auf den Videogipfel zwischen Russlands Präsident Wladimir Putin und dem US-Präsidenten Joe Biden vom 7. Dezember. In diesem hatten die beiden Staatshäupter Grundrisse für einen möglichen Spannungsabbau definiert. Es steht aus Sicht der russischen Botschaft eine ernsthafte, professionelle und durchdachte Arbeit bevor, um langfristige Sicherheitsgarantien zu vereinbaren. Ein solcher Dialog erfordere Ruhe sowie die Demonstration von Kompromissbereitschaft. Wickers unüberlegte Äußerungen würden kaum dabei helfen, aus der aktuellen akuten Phase der russisch-amerikanischen Beziehungen herauszukommen, so die Botschaft weiter.

„Mit Atomwaffen zu scherzen, gehört sich für einen amerikanischen Politiker, der in der US-Gesetzgebung dient, nicht.“

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen bleiben angespannt. Seit einem Monat wird über eine angebliche Vorbereitung Russlands für einen Angriff auf die Ukraine in den US-amerikanischen Medien berichtet. Bisher wurden keine dieser Anschuldigungen mit Beweisen belegt, trotzdem drohen westliche Politiker immer wieder mit Sanktionen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/06/4228839_0:18:3073:1746_1920x0_80_0_0_8d03485c902cf952dc3ef9505942c000.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. Dezember 3:00 Uhr bis 9. Dezember 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Schirokaja Balka, Besymennoje.**

Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden bei den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime Feuereinstellung ein. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 31.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Gemeinschaftshaushalt der Nato: Deutsche Ausgaben seit 2019 um mehr als ein Drittel gestiegen**

Deutschland hat seinen Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt der Nato in den letzten drei Jahren um mehr als ein Drittel erhöht. Das geht aus einer Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen hervor.

Deutschland zahlte dieses Jahr 421 Millionen Euro für die Nato ein, informiert am Donnerstag die Deutsche Presse-Agentur (DPA), der die Antwort des Verteidigungsministeriums vorliegt. 2019 lag der deutsche Beitrag bei 313 Millionen Euro, 2020 bei 390 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg von 34,5 Prozent innerhalb von drei Jahren. Die gesamte Gemeinschaftsfinanzierung der Nato beträgt 2,581 Milliarden Euro, so die DPA.

Die Außenexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dagdelen, hält es sozial- und friedenspolitisch für fatal, „die Nato mit einem immer größeren deutschen Anteil mästen zu wollen“.

„Statt die Kriegsgefahr in Europa durch eine gefährliche Hochrüstungspolitik der Nato weiter zu steigern, muss die Bundesregierung sich mit aller Kraft für Sicherheit und Stabilität durch Verständigung und Kooperation mit Russland einsetzen“, sagte Dagdelen gegenüber der DPA.

Das Erbe von Donald Trump

Ende 2019 hatten sich die Nato-Mitgliedstaaten laut dem „Tagesspiegel“ unter Druck des damaligen US-Präsidenten Donald Trump auf eine Neuverteilung der gemeinsamen Kosten ab 2021 geeinigt. Nach dem neuen Kostenschlüssel sollen die USA 16,35 Prozent statt der früheren 22,1 Prozent in das Budget einzahlen, während der deutsche Beitrag in Höhe von 14,8 auf 16,3 Prozent der gemeinsamen Kosten angehoben wurde.

Die Ausgaben für den Gemeinschaftshaushalt umfassen nur die Verwaltungskosten, wie etwa für Personal, das Hauptquartier und weitere Infrastrukturen. Staatliche Verteidigungsausgaben fließen in die Summe nicht ein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/0e/2095189_0:200:2931:1849_1920x0_80_0_0_adb8b5b9eff57d852bd6375c52faeff0.jpg

de.rt.com: **Huthi-Raketenangriff auf Riad: Saudi-Arabien fordert vom Westen Nachschub für Abwehrsystem**

Bei den Saudis schrillen die Alarmglocken, nachdem die Huthi-Rebellen am Montag erneut die saudische Hauptstadt Riad ins Visier nahmen. Die saudische Regierung forderte die USA inzwischen auf, hunderte weiterer Patriot-Batterien im Königreich zu stationieren.

Saudi-Arabien soll die Munition ausgehen, mit der das Land sich gegen wöchentliche Drohnen- und Raketenangriffe der Huthi-Bewegung auf das Staatsgebiet verteidigt. Die Saudis appellierten "dringend" an die USA sowie ihre Verbündeten am Persischen Golf und in

Europa, für Nachschub zu sorgen. Das berichtete das The Wall Street Journal unter Berufung auf US-amerikanische und saudische Beamte.

Die USA hatten unlängst ihr fortschrittlichstes Raketenabwehrsystem und die Patriot-Batterien aus Saudi-Arabien abgezogen, obwohl das Königreich in letzter Zeit mit anhaltenden Luftangriffen der Ansarollah (besser bekannt als "Huthis") vom Jemen aus zu kämpfen hat. US-Sicherheitsbeamte hatten zuletzt mehrfach angedeutet, dass die USA sich fortan auf den geopolitischen Aufstieg Chinas und Russlands fokussieren wollten. Die Biden-Administration kehrt sich daher insbesondere vom Nahen Osten ab, um China im Pazifik entgegenzutreten.

Trotz dieser strategischen Neuausrichtung hatte die US-Regierung allerdings vor kurzem noch den Verkauf von Luft-Luft-Raketen an Saudi-Arabien genehmigt. Dieser Verkauf erfolgte Monate, nachdem Präsident Joe Biden angekündigt hatte, die USA wollten den von Saudi-Arabien angeführten Krieg im Jemen nicht länger unterstützen. Die US-Kongressabgeordnete Ilhan Omar beantragte daraufhin eine gemeinsame Resolution, um den von der Biden-Regierung geplanten Verkauf von Luft-Luft-Raketen im Wert von 650 Millionen US-Dollar an Saudi-Arabien zu blockieren. Der Senat lehnte diesen Antrag einer parteiübergreifenden Gruppe von Abgeordneten nun am 7. Dezember jedoch ab.

Timothy Lenderking, der US-Sondergesandte für den Jemen, sagte am Freitag auf einem Forum, dass die Huthis im Jahr 2021 etwa 375 grenzüberschreitende Angriffe auf Saudi-Arabien durchgeführt hätten.

Die Lage zwischen den Huthis und Saudi-Arabien eskalierte Anfang der Woche erneut, als die Huthi-Rebellen einen Raketenangriff auf die saudische Hauptstadt Riad lancierten. Die saudische Luftverteidigung soll nach eigenen Angaben am Montag eine ballistische Rakete über Riad abgefangen haben. Das Verteidigungsministerium teilte mit, Granatsplitter der abgefangenen Rakete hätten mehrere Wohnhäuser in der Hauptstadt getroffen, als das Abwehrsystem zum Einsatz kam. Dabei sei aber kein Schaden entstanden.

"Die Vereinigten Staaten setzen sich voll und ganz dafür ein, die Territorialverteidigung Saudi-Arabiens zu unterstützen, auch gegen Raketen und Drohnen, die von durch Iran unterstützten Huthi-Kämpfern im Jemen abgefeuert werden", sagte kürzlich ein hochrangiger US-Regierungsbeamter. Die Biden-Administration verurteilte die jüngsten Angriffe der Huthi auf Saudi-Arabien zudem aufs Schärfste.

Die von den Saudis geführte Militärkoalition habe am Dienstag als Reaktion Luftschläge gegen Ziele in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa durchgeführt, heißt es in einer Erklärung der Koalition. Bei den saudischen Angriffe seien laut Press TV mindestens drei Zivilisten ums Leben gekommen.

Die USA hatten seit 2015 im Jemen eine von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition unterstützt, die im Rahmen der Bombardierung des Landes auch immer wieder viele Zivilisten getötet hatte. Die Regierungen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate sind laut Experten des UN-Menschenrechtsrates für Kriegsverbrechen im Jemen verantwortlich.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b0ac73b480cc0407409bb8.jpg>

snanews.de: **Armenien und Aserbaidschan werfen einander Beschuss vor – Baku meldet Todesopfer**

Armenien und Aserbaidschan haben laut offiziellen Mitteilungen vom Donnerstag einander einen erneuten Beschuss an der Grenze der beiden Staaten vorgeworfen.

„Durch eine erneute Provokation, die von den Streitkräften Armeniens in Richtung Bezirk Kalbadschar (auch Kalbajar) an der aserbaidsschanisch-armenischen staatlichen Grenze ausgeübt wurde, ist in der Nacht zum 8. Oktober unser Militärangehöriger (...) ums Leben gekommen“, heißt es in der Mitteilung des Verteidigungsministeriums Aserbaidschans. Seitens Aserbaidschans seien Gegenmaßnahmen ergriffen worden, um das gegnerische Feuer zu stoppen. Laut dem Ministerium trägt die „militär-politische Leitung“ Armeniens die Verantwortung für die Spannung.

Armeniens Verteidigungsministerium informierte seinerseits über den Beschuss durch aserbaidsschanische Soldaten, der sich am späten Mittwohabend ereignete. Die Streitkräfte Aserbaidschans „eröffneten das Feuer mittels Waffen unterschiedlicher Kaliber in Richtung der Kampfstellungen der armenischen Streitkräfte östlich der armenisch-aserbaidsschanischen Grenze“. Mit Gegenmaßnahmen konnte demnach das gegnerische Feuer bekämpft werden. Auf armenischer Seite soll es keine Opfer gegeben haben.

Der Konflikt an der Grenze Armeniens und Aserbaidschans hatte sich Mitte November zugespitzt. Nach Angaben aus Jerewan waren aserbaidsschanische Militärkräfte am 16. November auf armenisches Staatsgebiet vorgedrungen. Das armenische Verteidigungsministerium meldete damals, dass ein Militärangehöriger ums Leben gekommen sei. 13 Personen sollen damals gefangen genommen worden sein. Darüber hinaus habe jede Verbindung zu weiteren 24 Armeeangehörigen gefehlt. Später aktualisierte das Ministerium die Zahl der Todesopfer: Demnach starben insgesamt sechs Menschen. Aserbaidschan meldete sieben tote Soldaten und zehn Verletzte.

Kurz darauf hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu ein Telefongespräch mit seinen Amtskollegen aus Aserbaidschan und Armenien geführt und betont, dass Moskau bereit sei, zur Stabilisierung der Situation beizutragen. Daraufhin waren die Gefechtshandlungen eingestellt worden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/09/4627105_0:100:3283:1947_1920x0_80_0_0_c3740ca6af4e7ec8ef61a3f51f40940f.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. Dezember um 9:00 Uhr 20.966 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 587 Personen sind derzeit erkrankt, 17.395 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2984 Todesfälle.

de.rt.com: **Kreml: Putin und Biden werden Gespräch fortsetzen**

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-amerikanischer Amtskollege Joe Biden könnten bald eine zweite Gesprächsrunde abhalten. Das hat der Kreml mitgeteilt, nachdem die beiden Staatsoberhäupter über wichtige Themen wie die Ukraine und die NATO verhandelt hatten.

Der Kreml hat die Videokonferenz zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Joe Biden kommentiert. In einem Gespräch mit dem TV-Sender Kanal 5 sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow am Mittwoch: "Sie haben sich darauf geeinigt, dass es – wenn es den Vertretern gelingt, produktiv zu kommunizieren – notwendig sein wird, erneut zu sprechen."

Dies werde jedoch höchstwahrscheinlich ebenfalls ein Ferngespräch sein.

Peskows Äußerungen erfolgten nach einem zweistündigen Telefonat, das die beiden Präsidenten am Dienstag über eine gesicherte Videoverbindung führten und das als "offenes und sachliches" Gespräch bezeichnet wurde.

Einem Bericht aus dem Kreml zufolge ist Moskau "ernsthaft daran interessiert", "verlässliche und feste rechtliche Garantien" zu erhalten, die eine neuerliche Osterweiterung der NATO sowie die Stationierung von "offensiven Waffensystemen in den an Russland angrenzenden Ländern" ausschließen.

Diese Punkte entsprechen Putins Vorschlag, den er gegenüber Bidens "Bedenken" über russische Truppen, die angeblich die Ukraine bedrohen, äußerte. Der russische Staatschef betonte jedoch, dass der von den USA angeführte Militärblock "gefährliche Versuche unternimmt, ukrainisches Territorium zu erobern", und sein militärisches Potenzial an den russischen Grenzen aufbaue.

Das virtuelle Treffen fand statt, nachdem der ukrainische Geheimdienst und westliche Beamte in den letzten Wochen mehrfach davor gewarnt hatten, dass Moskau angeblich bald in das Nachbarland einmarschieren könnte. Der Kreml hat diese Anschuldigungen stets zurückgewiesen und sein Unbehagen über einen möglichen NATO-Beitritt auch dieses osteuropäischen Landes zum Ausdruck gebracht.

Letzte Woche erklärte die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa, dass die

Erweiterung des von den USA geführten Militärblocks nach Osten für Moskau eine rote Linie darstelle und ein möglicher Beitritt der Ukraine inakzeptabel sei.

Ihr zufolge ziehen die USA Kiew in den militärischen Orbit der NATO und machen das Land zu einem "Brückenkopf" der Konfrontation mit Russland – ein Schritt, der Europa destabilisieren könnte.

Ähnliche Befürchtungen äußerte auch der russische Außenminister Sergei Lawrow, der behauptete, der Westen ermutige Kiew zu antirussischen Aktionen. Er erklärte, Russland werde alle notwendigen Schritte unternehmen, um seine Sicherheit zu gewährleisten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b195e8b480cc32df093796.jpg>

Mzdnr.ru: Am 8. Dezember wurden in der DVR 1215 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 314 positiv, bei 314 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 61 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 3 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 37 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1321 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 896 mit Sauerstoffunterstützung (+14 in den letzten 24 Stunden).

Am 9. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 113.071 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4411 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 10.028 als gesund entlassen, es gibt 8632 Todesfälle.

de.rt.com: **Pentagon erklärt "dringende" Notwendigkeit der Verteidigung Taiwans gegen China**

Die Verteidigung Taiwans gegen eine chinesische Invasion ist zu einer "dringenden" und "vorrangigen" Aufgabe für das US-Militär geworden. Das erklärte ein hochrangiger Pentagon-Beamter vor dem US-Senat und behauptete, in Peking plane man, sich Taiwan gewaltsam einverleiben zu wollen.

Bei einer Anhörung am Mittwoch vor dem US-Senat für Auswärtige Beziehungen schlug der stellvertretende US-Verteidigungsminister für Sicherheitsangelegenheiten im indopazifischen Raum Ely Ratner wegen der angeblich bedrohten Sicherheit Taiwans Alarm. Er betonte, dass Washington dem Land helfen müsse, einer "realen und gefährlichen" Bedrohung durch China zu begegnen. Der US-Beamte erklärte wörtlich:

"Die Stärkung von Taiwans Verteidigung ist eine dringende Aufgabe."

"Wir modernisieren unsere militärischen Fähigkeiten, verbessern die Stellung der US-Streitkräfte und entwickeln neue operative Konzepte."

Die chinesische Armee bereite sich wahrscheinlich darauf vor, Taiwan gewaltsam mit der

Volksrepublik China zu vereinen, während sie gleichzeitig versuche, ein Eingreifen Dritter zugunsten Taiwans zu verhindern, zu verzögern oder zu verweigern, so Ratner.

Obwohl der Beamte keine Beweise für eine bevorstehende chinesische Invasion anführte, betonte er dennoch, dass die Verteidigung der Insel für das US-Militär "absolute Priorität" haben sollte. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin wies unterdessen auf die jüngsten Operationen chinesischer Kriegsschiffe in der Nähe Taiwans hin und bezeichnete sie als "Proben" für einen Angriff.

Die Aufforderung, Taiwans Verteidigung zu stärken, erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierung von Joe Biden eine Reihe von langfristigen Maßnahmen unternimmt, die in Peking als feindlich angesehen werden. Dazu gehören wiederholte Durchfahrten US-amerikanischer Kriegsschiffe durch die Straße von Taiwan sowie Waffenverkäufe an Taipeh. Obwohl Biden die zahlreichen Waffentransfers seines Vorgängers an die Insel noch nicht wiederholen konnte, genehmigte sein Außenministerium Anfang des Jahres zumindest ein Geschäft im Wert von 750 Millionen US-Dollar für Artillerieausrüstung und Bombenleitsysteme, was zu lautstarken Einwänden aus China führte.

Seit 2009 hat Washington insgesamt Waffen im Wert von mehr als 32 Milliarden US-Dollar an Taiwan geliefert und arbeitet weiterhin mit taiwanesischen Militärs zusammen.

Ratners Äußerungen vom Mittwoch sind bei Weitem nicht das erste Mal, dass ein US-Beamter Peking vorwirft, einen Angriff auf die Insel zu planen. Im Mai ging Bidens damaliger Kandidat für die Leitung der US-Spezialeinheiten, Christopher Maier, so weit, dass er das Pentagon aufforderte, taiwanesischen Guerillas auszubilden, damit diese einer "amphibischen Landung" Pekings widerstehen könnten. Er deutete an, dass ein "chinesischer Militärvorstoß" bevorstehen könnte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b1ab78b480cc14c0613077.JPG>

nachmittags:

snanews.de: „Werden Preis zahlen“ – China verärgert über diplomatischen Olympia-Boycott

Nach den USA haben auch Australien, Kanada und Großbritannien angekündigt, keine Regierungsvertreter zu den Olympischen Spielen von Peking zu schicken. China reagierte verärgert und betonte, Sport habe nichts mit Politik zu tun.

Peking hat den diplomatischen Olympia-Boycott durch die USA, Australien, Kanada und Großbritannien scharf kritisiert. Wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet, hat der chinesische Außenamtssprecher Wang Wenbin am Donnerstag gesagt, die vier Länder „werden einen Preis für ihr Fehlverhalten zahlen“. „Ich möchte hervorheben, dass China keines der betreffenden Länder eingeladen hat“, sagte der chinesische Außenamtssprecher ferner. Egal ob die Offiziellen kommen oder nicht, werde es erfolgreiche Spiele in Peking zu

sehen geben. „Sport hat nichts mit Politik zu tun.“ Die große Mehrheit der internationalen Gemeinschaft unterstütze die Winterspiele in Peking, sagte Wang Wenbin. Die USA hatten den diplomatischen Olympia-Boycott ausgerufen und als Begründung den „Genozid“ in der autonomen Region Xinjiang und andere Menschenrechtsverletzungen in China genannt. Australien, Kanada und Großbritannien schlossen sich dem Boycott am Mittwoch an. Auch in Deutschland gibt es Stimmen, die sich für einen Olympia-Boycott aussprechen, vornehmlich sind es Politiker der Grünen. Derweil halten die Veranstalter und das Internationale Olympische Komitee (IOC) an den Spielen, die vom 4. bis zum 20. Februar in Peking stattfinden sollen, fest. Im Gespräch mit der DPA hatte IOC-Präsident Thomas Bach erneut betont, das IOC bleibe politisch neutral und könne keine Probleme lösen, die Generationen von Politikern nicht gelöst hätten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/09/4629448_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_b2bfc74c32f0ea9611071be406afc77a.jpg

dan-news.info: **Militärische Provokationen der ukrainischen Regierung im Donbass werden unterbunden.** Dies erklärte heute bei einer Pressekonferenz vor Militärattachés ausländischer Staaten der Chef des Generalstabs der Streitkräfte Russlands Walerij Gerassimow.

„Alle Provokationen der ukrainischen Regierung zu einer gewaltsamen Regelung der Probleme des Donbass werden unterbunden“, gibt die Agentur TASS seine Worte wieder. Der Chef des Generalstabs fügte hinzu, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllt und die Verschärfung in der Region durch Lieferungen von Waffen und Militärtechnik an die Ukraine bedingt ist.

„Die ukrainischen Streitkräfte erklären, dass im Donbass mit dem Einsatz von Antipanzerraketekomplexen ‚Javelin‘ begonnen wurde, die von den USA geliefert wurden, außerdem werden Aufklärungs- und Kampfdrohnen türkischer Herkunft verwendet“, unterstrich er.

Gerassimow dementierte die von Kiew und westlichen Ländern verbreiteten Mitteilung über eine Vorbereitung russischer Truppen auf einen Angriff auf die Ukraine.

snanews.de: **Faeser fordert Einhaltung rechtlicher Standards an Belarus-Grenze und erwägt Frontex-Einsatz**

Die neue Innenministerin Nancy Faeser dringt mit Blick auf die Lage an der EU-Grenze zu Belarus auf das Einhalten „rechtlicher Standards“ und kritisiert indirekt das Vorgehen Polens. Am Rande eines Treffens mit ihren EU-Kollegen in Brüssel sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag, es sei für sie wichtig, dass rechtliche Standards eingehalten werden an der Grenze.

„Deswegen wäre ein Einsatz von Frontex dort gut. Und was ebenso wichtig für mich ist, ist,

dass auch die Hilfsorganisationen jederzeit Zugang zu den Menschen bekommen.“
Faeser betonte: „Für uns ist es entscheidend, dass es da auch eine Zusammenarbeit innerhalb der EU gibt.“ Was Lukaschenko mache, sei „wirklich skandalös und menschenverachtend“. „Er nutzt die Notlagen der Menschen aus, um Politik nach Innen zu machen. Das ist wirklich furchtbar. Und da ist es gut, dass die EU bislang zusammengestanden hat. Man kann sagen, dass es dort ja auch erste Erfolge gibt.“

Krise an der EU-Außengrenze

Noch im vergangenen Sommer hatte der Andrang von Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika an den Grenzen zwischen Belarus und Polen sowie den Baltischen Ländern zugenommen. Die Situation hatte sich am 8. November zugespitzt, als sich rund 2000 Menschen am Grenzzaun versammelt hatten. Polnische Sicherheitskräfte unterbanden mehrere Durchbruchversuche, darunter unter Einsatz von Tränengas.

Polen lässt Hilfsorganisationen seit Monaten nicht in einen drei Kilometer breiten Korridor entlang der Grenze zu Belarus hinein. Auch die Unterstützung der EU-Grenzschutzagentur Frontex nimmt Warschau trotz Drängens der EU-Kommission nur sehr begrenzt an.

Migranten, die es trotz Tausender polnischer Soldaten ins Land schaffen, werden Berichten zufolge nach Belarus zurückgedrängt. Hilfsorganisationen sehen das internationale Recht auf ein Asylverfahren ausgesetzt.

Die Europäische Union wirft dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vor, dass er gezielt Menschen aus Krisenregionen nach Minsk hat einfliegen lassen, um sie dann in die EU zu schleusen und die Lage im Westen zu destabilisieren. Lukaschenko sagt, dass Belarus wegen westlicher Sanktionen nicht mehr fähig ist, Migrantenströme zu stoppen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/09/4630667_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_800788121ef63bfa9e2cab91d94de4c3.jpg

Dnr-sckk.ru: Kommentar der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zum Aufenthalt des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Mark Etherington am Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“

Heute wurde am KPP „Jelenowka“ ein ungesunder Präzedenzfall geschaffen, der nicht erfolgt wäre, wenn die Mission die festgelegten Vereinbarungen eingehalten hätte.

So ist gegen 9:00 Uhr morgens nach Moskauer Zeit der Konvoi der Mission unter Leitung des ersten stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission, Herrn Mark Etherington, am KPP

„Jelenowka“ eingetroffen, um die Grenze der DVR in Richtung des Territoriums der Ukraine zu passieren. Die diensthabenden Grenzer teilten der Mission mit, dass sie keine entsprechende Mitteilung über einen Grenzübertritt erhalten haben und in diesem Zusammenhang technisch nicht für die Ausreiseprozedur bereit sind.

Um 9:30 Uhr erhielt der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK einen Anruf von Vertretern

der Mission mit einer Beschwerden über das Aufhalten der Mission am KPP „Jelenowka“. Bei der Untersuchung der Umstände des Geschehens wurde klar, dass das Team der OSZE-Mission zur Zusammenarbeit die Vertretung der DVR im GZKK nicht rechtzeitig über den geplanten Grenzübertritt gemäß der festgelegten Ordnung über eine rechtzeitig Information in Kenntnis gesetzt hat.

Entsprechend konnte die Vertretung nicht rechtzeitig Unterstützung für den Grenzübertritt leisten: Niemand aus den eingesetzten Diensten war informiert und somit war der KPP nicht für die Prozeduren bereit, weil alle KPP der Republik im Zusammenhang mit den Beschränkungen aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung der neuen gefährlichen Covid-19-Infektion nicht auf normale Weise funktionieren.

Die Situation wurde noch dadurch erschwert, dass um 11:00 Uhr eine Mitteilung vom Team der OSZE-Mission für Zusammenarbeit an die Vertretung der DVR im GZKK gerichtet wurde, dass die OSZE-Mission unter Leitung von Mark Etherington am 9. Dezember zwischen 8:30 und 12:30 Uhr den KPP „Jelenowka“ passieren wird, die den Vermerk „wiederholt“ trug. Das heißt, angeblich wurde diese Mitteilung bereits zuvor geschickt, aber auf der E-Mail der Vertretung kam diese Mitteilung aus uns unklaren Gründen nicht an. Außerplanmäßig wurde von der Führung der Vertretung Unterstützung bei der Gewährleistung der Funktion des KPP „Jelenowka“ geleistet, und um 11:30 Uhr fuhr der Konvoi der Mission auf das Territorium der Ukraine.

Aber wir sind über die heutigen Handlungen der Vertreter der Mission äußerst beunruhigt: War dies eine dienstliche Nachlässigkeit von Seiten des Teams der OSZE für Zusammenarbeit oder irgendeine technische Störung bei der rechtzeitigen Übergabe der Information?

snanews.de: **Auch Baerbock droht Russland im Fall einer Grenzverletzung mit schwerwiegenden Folgen**

Die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat bei ihrer Antrittsreise nach Paris heute gemeinsam mit ihrem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian eine Pressekonferenz abgehalten. In dieser hat sie die Situation an der russisch-ukrainischen Grenze angesprochen und Moskau mit schwerwiegenden Folgen im Fall einer Eskalation gedroht.

Die beiden Außenminister sprachen über eine gemeinsame Zusammenarbeit im Wohle Europas, über die internationale Klimapolitik und unter anderem über die Lageverschärfung an der ukrainischen Grenze.

„Die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine sind für uns nicht verhandelbar“, sagte die Politikerin.

Die Bundesaußenministerin betonte die Wichtigkeit der Einhaltung des Minsker Abkommens und den Willen der EU, eine diplomatische Lösung zu finden, denn der Konflikt würde sich nur „auf diplomatischem Weg“ lösen lassen.

Die Grünen-Politikerin sprach sich für einen Dialog zur Lösung des Konflikts aus, jedoch ohne Russland:

„Wichtig dafür ist ein engster Austausch mit EU und Nato-Partnern, mit dem absoluten Ziel, eine militärische Eskalation zu vermeiden.“

Es wurde angesprochen, dass Russland im Falle einer weiteren Verschärfung der Situation schwerwiegende Folgen in Kauf nehmen müsse.

„Russland würde einen hohen politischen und vor allem wirtschaftlichen Preis für eine erneute Verletzung der ukrainischen Staatlichkeit zahlen.“

Zuvor hatten auch andere Politiker Russland mit Konsequenzen gedroht, so zum Beispiel Bundeskanzler Olaf Scholz, der Ex-Präsident der USA, Donald Trump, und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Seit Anfang letzten Monats haben sich die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland wieder deutlich verschlechtert. Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Admiral John Kirby, hatte Russland vorgeworfen, angeblich Truppen an der Grenze zur Ukraine

stationiert zu haben. Diesen Anschuldigungen schlossen sich zahlreiche Nato-Mitgliedsstaaten an, zum Beispiel Deutschland und Frankreich, sowie der Nato-Chef Jens Stoltenberg. Vertreter des russischen Außenministeriums wiesen diese Vorwürfe mehrfach zurück.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/1e/4515235_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_39443e8e55f89a33cf82e54e7fdcf083.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 9.12.2021**
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **zweimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus **Schirokaja Balka** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Schirokino aus das Feuer mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern auf **Besymennoje** eröffnet und 28 Geschosse abgefeuert.

Es ist anzumerken, dass die Kämpfer der 128. diesen provokativen Beschuss durchführten, während sich nicht weit von Besymennoje der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Mark Etherington mit anderen Mitarbeitern der Mission aufhielt. So brachten die ukrainischen Kämpfer das Leben der internationalen Beobachter in Gefahr.

Es ist bemerkenswert, dass die ukrainischen Kämpfer den provokativen Beschuss zielgerichtet durchführten, obwohl die ukrainische Seite im GZKK über den Besuch von Mark Etherington auf dem Territorium der DVR in Kenntnis gesetzt worden war.

Da er sich im Gebiet des Beschusses befand, konnte Herr Etherington persönlich feststellen, wie nah an der Realität alle Reden der ukrainischen Seite über die Unterstützung der Minsker Vereinbarung sind. Wir erwarten eine entsprechende Reaktion der Führung der OSZE-Mission auf diese aggressiven Handlungen der ukrainischen Kämpfer.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer zwei Stück **Waffen und Militärtechnik in zwei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** stationiert.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein T-64-Panzer in der Nähe von Satischnoje;

ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Starognatowka.

Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Satschatowka 12 Haubitzen „Gwosdika“ und zwei Antipanzerkettenkomplexe „Schturm-S“ bemerkt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. und 128.

Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Tarassowka, Pischtschwik und Talakowka zu blockieren.

Außerdem haben Kämpfer der 128. Brigade einen Versuch unternommen, eine Drohne der OSZE-Mission bei einem Flug über dem Gebiet von Talakowka mit Schusswaffen abzuschießen.

Trotz der vom Kommando der OOS durchgeführten Maßnahmen zur Popularisierung des Militärdienstes in der OOS-Zone stellen wir **weiter ein Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der ukrainischen Kämpfer** fest.

Am 7. Dezember gab es im Gebiet von Granitnoje beim Trinken von Alkohol einen Konflikt zwischen zwei Kämpfern des 2. mechanisierten Bataillons der 93. Brigade, bei dem einer von ihnen seinem Kameraden eine Messerverletzung beibrachte. Sich verteidigend schoss der verletzte Soldat mit der Dienstwaffen auf seinem Trinkgenossen. Dadurch starb ein Kämpfer an einer Schussverletzung, der zweite wurde mit einer Stichwunde in eine medizinische Einrichtung gebracht.

Bei einer vorläufigen Ermittlung wurde festgestellt, dass der Streit zwischen den Kämpfern deswegen entstand, weil sie das Geld nicht aufteilen konnten, dass sie durch den Verkauf von Treibstoff an örtliche Einwohner und die Abgabe von Buntmetall erhalten hatten. Zu diesem Fall setzt das Brigadekommando die Untersuchung fort.

de.rt.com: Irak kündigt Beginn des Abzugs der internationalen Koalitionstruppen an

Bagdad hat mitgeteilt, dass der Antiterror-Kampfeinsatz der internationalen Koalition im Irak zu Ende geht. Laut dem Nationalen Sicherheitsberater des Landes Qasim al-Araji werden die Beziehungen zur internationalen Koalition im Bereich Ausbildung und Konsultation fortgesetzt.

Der irakische Nationale Sicherheitsberater Qasim al-Araji hat das Ende des Kampfeinsatzes der internationalen Koalition im Irak und den Rückzug ihrer Streitkräfte angekündigt. Er twitterte am Donnerstag:

"Heute haben wir die letzte Runde des Dialogs mit der internationalen Koalition abgeschlossen, den wir letztes Jahr begonnen haben, um offiziell das Ende der Kampfmission der Koalitionstruppen und ihren Rückzug aus dem Irak zu verkünden."

Die Beziehungen zur internationalen Koalition werden im Bereich Ausbildung und Konsultation fortgesetzt, fügte er hinzu.

Das irakische Parlament stimmte bereits am 5. Januar 2020 mehrheitlich für den Abzug der ausländischen Truppen und forderte außerdem eine Überprüfung der Form der Zusammenarbeit mit der US-geführten Antiterrorkoalition. Diese Maßnahmen waren eine Reaktion auf eine US-Operation in der Nähe des Flughafens von Bagdad, bei der der iranische General Qasem Soleimani, Kommandeur der Spezialeinheit des Korps der Islamischen Revolutionsgarden, und Abu Mahdi al-Muhandis, stellvertretender Chef der irakischen Schiitenmiliz, in der Nacht des 3. Januar desselben Jahres getötet wurden.

Nach diesen Ereignissen übergab die US-geführte Koalition dem irakischen Militär eine Reihe von Einrichtungen, in denen das US-Militär zuvor stationiert gewesen war, darunter mehrere Luftwaffenstützpunkte und das Hauptquartier der Militärberater der Koalition. Zuvor hatte Tahseen al-Khafaji, ein Sprecher des Hauptquartiers der irakischen Streitkräfte, erklärt, dass die meisten ausländischen Kampfeinheiten den Irak bereits verlassen hätten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b1e83248fbef6c5408c29b.JPG>

abends:

de.rt.com: Erster Tag als Außenministerin: Baerbock droht Moskau

Annalena Baerbock ist gerade mal einen Tag lang Außenministerin. Bei ihrer ersten Dienstreise nach Frankreich kamen aber bereits harsche Töne in Richtung Russland. Die Politikerin drohte Moskau mit schweren Folgen im Falle einer Eskalation des Ukraine-Konfliktes.

Annalena Baerbock hat sich am Donnerstag als neue Außenministerin auf ihre erste Dienstreise begeben. Obwohl es nach Frankreich ging, stand auch das Thema Russland auf der Tagesordnung. Die Grünen-Politikerin sagte am Donnerstag nach einem Treffen mit ihrem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian, Moskau würde einen hohen politischen und vor allem wirtschaftlichen Preis für eine erneute Verletzung der ukrainischen Staatlichkeit zahlen. Eine militärische Eskalation müsse vermieden werden. Lösungen könne man nur auf einem diplomatischen Weg finden, betonte die neue deutsche Chefdiplomat. Sie und ihr Amtskollege seien bereit, sich dabei persönlich zu engagieren.

Nach dem Treffen mit Le Drian reiste Baerbock weiter nach Brüssel. Dort sagte sie, mehr strategische Souveränität Europas etwa gegenüber Russland und China bedeute, "dass wir überall dort Kooperation suchen, wo es möglich ist, und eigenständiges Handeln verstärken, dort, wo es nötig ist." Dies sei "nicht nur eine militärische Frage, sondern vor allen Dingen eine Frage von Diplomatie, von Rechtsstaatlichkeit und einem starken wirtschaftlichen Zusammenarbeiten in der Europäischen Union."

Am Freitag geht es für Baerbock weiter nach Warschau, dort ist ein Treffen mit ihrem polnischen Amtskollegen Zbigniew Rau geplant.

Der Konflikt zwischen Russland und den USA spitzte sich in den vergangenen Wochen wegen der Ukraine zu. Die USA werfen Russland einen Truppenaufmarsch unweit der Grenze zur Ukraine vor. Russland weist das zurück und wirft der Ukraine seinerseits vor, mehr als 120.000 Soldaten an die Konfliktlinie verlegt zu haben. Präsident Wladimir Putin forderte bei seinem Video-Gipfel mit US-Präsident Joe Biden zudem ein Ende der NATO-Osterweiterung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b2287ab480cc2bf0255d3c.jpg>